28. AUG. 1942

237/42

304

**Der Reichsminister
für Wissenschaft, Erziehung
und Volksbildung**

Berlin W 8, den 15. August 1942
Unter den Linden 69

Sernsprecher: 11 00 30
Postfachkonto: Berlin 14402
Reichsbank-Giro-Konto 1/154
Postfach

WA Nr. 1894

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Betrifft: Sozialversicherung der bei deutschen Dienststellen im Ausland außerhalb der besetzten Gebiete beschäftigten deutschen Staatsangehörigen.

Die Vorschriften der Reichsversicherung gelten grundsätzlich nur für Beschäftigungsverhältnisse innerhalb des Reichsgebiets. Eine Ausnahme besteht nach § 1228 RVO., § 5 AVG. für deutsche Staatsangehörige, die bei einer amtlichen Vertretung des Deutschen Reichs oder bei deren Leitern oder Mitgliedern beschäftigt sind. Unter amtlicher Vertretung des Reichs im Sinne dieser Vorschriften sind die zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts gehörenden Dienststellen zu verstehen. Nach den genannten Vorschriften unterliegen die reichsdeutschen Gefolgschaftsmitglieder der amtlichen Vertretungen des Deutschen Reichs der Invaliden- oder Angestelltenversicherung, nicht dagegen der Kranken- und Unfallversicherung.

Eine weitere Ausnahme von der Beschränkung der Geltung der Reichsversicherung auf das Reichsgebiet besteht in Fällen, in denen die Beschäftigung im Ausland im Rahmen einer Ausstrahlung eines im Reich gelegenen Betriebs stattfindet. Eine solche Ausstrahlung ist jedoch nach der bisherigen Rechtsauffassung nur anzunehmen, wenn Arbeiter oder Angestellte eines Unternehmens oder einer Verwaltung im Reich infolge einer nur gelegentlichen oder geringfügigen Ausdehnung der inländischen Betriebs- oder Verwaltungstätigkeit im Ausland beschäftigt sind und diese Tätigkeit keine selbständige Bedeutung hat. Hiernach ist es nach der gegebenen Rechtslage zweifelhaft, ob die bei den deutschen Dienststellen im Ausland beschäftigten deutschen Staatsangehörigen den Vorschriften der Reichsversicherung unterliegen.

Um prüfen zu können, ob und ggf. in welchem Sinne eine nähere Regelung der bei deutschen Dienststellen im Ausland beschäftigten deutschen Staatsangehörigen erforderlich ist, ersuche ich um Äusserung, wie bei den der dortigen Verwaltung zugehörenden Dienststellen im Ausland die Versorgung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder in Krankheitsfällen und bei Unfällen bisher durchgeführt worden ist und ob für die betreffenden Gefolgschaftsmitglieder bisher Beiträge zu Invaliden- oder

An
das Deutsche Historische Institut
in Rom
in B e r l i n.